

René Rhinow/Gerhard Schmid/Giovanni Biaggini/Felix Uhlmann

Öffentliches Wirtschaftsrecht

2., vollständig überarbeitete Auflage

Mitarbeit

Natalie Beilstein-Greh

Alexander Misic

Ralph Trümpler

Helbing Lichtenhahn Verlag

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Allgemeine Literatur zum Öffentlichen Wirtschaftsrecht	XXXIX
Allgemeine Literatur zum Öffentlichen Recht	XLI
Erlasse	XLIII
Allgemeines Abkürzungsverzeichnis	XLIX
Allgemeiner Teil	1
1. Kapitel	
Grundlagen	3
§ 1 Staat und Wirtschaft	4
I. Staat und Staatsaufgaben heute	4
1. Staatsaufgaben im zeitgenössischen Leistungsstaat	4
2. Steuerstaatliche Ausprägung des Leistungsstaates	5
II. Die Wirtschaft als Subsystem der Gesellschaft	6
1. Der Bereich der Wirtschaft	6
2. Koordinationsmechanismen als systembildende Faktoren	6
III. Einflüsse des Staates auf die Wirtschaft	6
1. Aufrechterhaltung einer freiheitlichen Rahmenordnung	7
2. Gefahrenabwehr und Funktionenschutz	7
3. Wirtschaftspolitisch motivierte Interventionen	8
4. Konjunkturpolitik	8
5. Verwaltung der Staatsquote	8
IV. Einflüsse der Wirtschaft auf den Staat	9
1. Pluralistischer Wettbewerb im freiheitlichen Verfassungsstaat	9
2. «Staat» und «Wirtschaft» als abstrakte Chiffren	9
V. Schweizerische Charakteristika im Verhältnis von Staat und Wirtschaft	9
1. Charakteristika der schweizerischen Wirtschaft	9

2.	Für die Wirtschaftspolitik relevante Charakteristika des politischen Systems der Schweiz	11
§ 2	Begriff und System des öffentlichen Wirtschaftsrechts	12
I.	Zur Bedeutung des Rechts für den Bereich der Wirtschaft	12
1.	Allgemeine Aufgaben des Rechts	12
2.	Steuerung wirtschaftlichen Geschehens durch Recht	12
3.	Schweizerische Charakteristika	13
II.	Wirtschaftsrecht	14
1.	Begriff und Aufgaben des Wirtschaftsrechts	14
2.	Entwicklung und wirtschaftspolitische Prägung des Wirtschaftsrechts	14
III.	Öffentliches Wirtschaftsrecht	15
1.	Privatrecht und öffentliches Recht im Wirtschaftsrecht	15
2.	Verfassungsrecht als Teil des öffentlichen Wirtschaftsrechts	15
3.	Verwaltungsrecht als Teil des öffentlichen Wirtschaftsrechts	16
4.	Internationales Wirtschaftsrecht	17
5.	Übriges öffentliches Wirtschaftsrecht	18
2. Kapitel		
Die Wirtschaftsverfassung der Schweiz		19
§ 3	Geschichte der schweizerischen Wirtschaftsverfassung	20
I.	Die Zeit vor der Bundesstaatsgründung	20
1.	Die «Verfassung der Wirtschaft» im Ancien Régime	21
a.	Privilegienwirtschaft	21
b.	Postulate der Aufklärung	23
2.	Von der Helvetik bis zur Bundesstaatsgründung	24
a.	Erste helvetische Verfassung (1798)	24
b.	Zweite helvetische Verfassung (1802) und Mediationsakte (1803)	25
c.	Restaurations- und Regenerationszeit	25
II.	Die Entwicklung der Wirtschaftsverfassung in den ersten Jahrzehnten des Bundesstaates	27
1.	Die Wirtschaftsverfassung von 1848	27
2.	Die Wirtschaftsverfassung von 1874	30
a.	Verankerung der Handels- und Gewerbefreiheit (Art. 31)	30
b.	Weitere Neuerungen	30
c.	Merkmale der Wirtschaftsverfassung von 1874	31

III.	Weitere Entwicklung unter der Bundesverfassung von 1874 bis zur Wirtschaftsverfassung der «Wirtschaftsartikel» von 1947	32
1.	Erweiterung des wirtschaftsrechtlichen Handlungsspielraums des Bundes	32
2.	Kriegs- und Krisenwirtschaft	33
3.	Rückkehr zu geordneten verfassungsrechtlichen Verhältnissen: die «Wirtschaftsartikel» von 1947	34
IV.	Neuere und neueste Entwicklungen	36
1.	Verfassungsentwicklung bis zur Totalrevision von 1999	36
2.	Wirtschaftsverfassung und Totalrevision der Bundesverfassung	39
a.	Vorentwurf 1977 und Modellstudie 1985	39
b.	Verfassungsentwurf 1995 (Vernehmlassungsvorlage)	40
c.	Verfassungsentwurf 1996	41
d.	Die Wirtschaftsverfassung der neuen Bundesverfassung von 1999	41
3.	Entwicklungen im Bereich der Aussenwirtschaftspolitik im Allgemeinen	42
4.	Europäische Integration	43
5.	Gescheiterte Vorhaben	44
6.	Bedeutung der direktdemokratischen Institutionen	45
7.	Aktuelle Entwicklungen	46
§ 4	Strukturprägende Elemente und Grundverständnis	50
I.	Strukturprägende Elemente	51
1.	Überblick	51
2.	Grundrechte und Verfassungsgrundsätze	51
a.	Wirtschaftsrelevante Grundrechtsgarantien	51
b.	Funktionen der Grundrechte im Wirtschaftsbereich	53
c.	Verfassungsgrundsätze	54
3.	Ziel- und Aufgabennormen	54
4.	«Schränkennormen»	56
5.	Exkurs: Zum Begriff «Wirtschaftsverfassung»	58
II.	Zur Deutung der schweizerischen Wirtschaftsverfassung	58
1.	Zur Frage des «Gesamtbildes» der schweizerischen Wirtschaftsverfassung unter der Bundesverfassung von 1874	59
2.	Gegensätzliche interpretationsleitende Grundverständnisse	60
a.	Drei Hauptströmungen	60
b.	«Wirtschaftsverfassung der Wirtschaftsfreiheit»	60
c.	«Wirtschaftsverfassung der Wettbewerbsfreiheit»	61
d.	«Wirtschaftsverfassung der Wirtschaftspolitik»	61
e.	Behördenpraxis	62
f.	Defizite der überkommenen Grundverständnisse	62

III.	Freiheits- und wettbewerbsorientierte sowie umwelt- und sozialverpflichtete Wirtschaftsverfassung im Rahmen der neuen Bundesverfassung	63
1.	Verfassungsrechtlicher Ausgangspunkt: Die Unterscheidung von grundsatzkonformen und grundsatzwidrigen Massnahmen	63
a.	Scharnierfunktion des «Grundsatzes der Wirtschaftsfreiheit» (Art. 94 BV)	63
b.	Prinzipielle Zulässigkeit grundsatzkonformer Massnahmen	64
c.	Prinzipielle Unzulässigkeit grundsatzwidriger Massnahmen	64
d.	Zur Konkretisierung des «Grundsatzes der Wirtschaftsfreiheit»	65
e.	Begrenzter Nutzen und Problematik der vom Bundesgericht entwickelten Massnahmen-Kategorien («wirtschaftspolizeilich», «sozialpolitisch», «wirtschaftspolitisch»)	68
2.	Funktionen der Wirtschaftsfreiheit im Rahmen der Wirtschaftsverfassung	69
a.	Funktionenvielfalt	69
b.	Zur wirtschaftssystembezogenen Funktion	69
c.	Zum Verhältnis von individualrechtlicher und wirtschaftssystembezogener Funktion	71
d.	Zur bundesstaatlichen Funktion	71
e.	Zur demokratischen Funktion	72
3.	Das interpretationsleitende Grundverständnis: eine wettbewerbsorientierte Wirtschaftsverfassung mit demokratiebedingt offenen Flanken	73
a.	Fehlen eines förmlichen Systemscheids	73
b.	Eine marktwirtschaftsorientierte Wirtschaftsverfassung	73
c.	Staatliche, soziale und internationale Einbettung der marktwirtschaftlichen Ordnung	74
d.	Gesamtbild einer freiheitlichen, wettbewerbsorientierten und sozial- und umweltverpflichteten Wirtschaftsverfassung	74
e.	Die Eigenart der schweizerischen Wirtschaftsverfassung im Verfassungsvergleich	75
4.	Probleme der schweizerischen Wirtschaftsverfassung	76
a.	«Leerlaufender» Verfassungsvorbehalt	76
b.	Suboptimale Gewährleistung der Einheit des Wirtschaftsraums	77
c.	Probleme bei der grundrechtlichen Durchdringung der Aussenwirtschaftsbeziehungen	78
d.	Lücken im Bereich der Verfassungsgerichtsbarkeit	78
§ 5	Wirtschaftsfreiheit	80
I.	Bedeutung und Funktionen der Wirtschaftsfreiheit	80
1.	Überblick	80
2.	Grundrechtsdimensionen	81

a.	Subjektiv-anspruchs begründende Dimension	81
b.	Objektiv-konstitutive Dimension	81
c.	Wechselseitige Einwirkungen	82
3.	Das Zusammenspiel der Grundrechtsdimensionen und Funktionen des Art. 27 BV	83
a.	Individualrechtliche Funktion	83
b.	Wirtschaftssystembezogene Funktion	84
c.	Bundesstaatliche Funktion	85
d.	Demokratische Funktion	86
II.	Sachlicher und persönlicher Schutzbereich sowie Schutzrichtung	87
1.	Überblick	87
2.	Sachlicher Schutzbereich im Allgemeinen	87
a.	Jede private Erwerbstätigkeit	87
b.	Erwerbsmoment	88
c.	Grundrechtliche Konsumfreiheit?	88
3.	Berufswahl-, Berufszugangs- und Berufsausübungsfreiheit	89
a.	Berufswahl- und Berufszugangsfreiheit	89
b.	Berufsausübungsfreiheit	89
c.	Schutz gegen die Einräumung von Privilegien und Marktvorteilen zu Gunsten einzelner Wirtschaftssubjekte	90
4.	Ausklammerung amtlicher Tätigkeiten und staatlicher Monopole	91
5.	Schutzwirkung ausserhalb der «Eingriffsverwaltung»	93
a.	Verneinung eines Anspruchs auf staatliche Leistungen in der höchststrichterlichen Rechtsprechung	93
b.	Ansätze zur Anerkennung eines «bedingten» Anspruchs auf staatliche Leistungen	94
6.	Persönlicher Schutzbereich	97
a.	Selbstständigerwerbende und Unselbstständigerwerbende	97
b.	Grundrechtsschutz in besonderen Rechtsverhältnissen	98
c.	Juristische Personen des Privatrechts	98
d.	Juristische Personen des öffentlichen Rechts?	99
7.	Schutzrichtung	99
III.	Anforderungen an Einschränkungen der Wirtschaftsfreiheit	100
1.	Zur Frage des Vorgehens bei der Überprüfung	100
2.	Wahrung des Grundsatzes der Wirtschaftsfreiheit (Art. 94 BV)	101
3.	Allgemeine Anforderungen: gesetzliche Grundlage	104
4.	Allgemeine Anforderungen: Rechtfertigung durch ein überwiegendes öffentliches Interesse	105
a.	In Betracht fallende Interessen	105
b.	Zur Problematik der überkommenen «Schrankentrias»	106
c.	Zur Praxis der Grundrechtsbeschränkung	108
5.	Allgemeine Anforderungen: Wahrung der Verhältnismässigkeit	111
6.	Allgemeine Anforderungen: Wahrung des Kerngehalts	113

7.	Zu Einordnung und Tragweite des Grundsatzes der Gleichbehandlung der Konkurrenten	114
8.	Schranken für das grundrechtstangierende Handeln ausserhalb des traditionellen Eingriffsbereichs	117

§ 6 Eigentumsgarantie, Koalitionsfreiheit und weitere Individualrechte 119

I.	Eigentumsgarantie (Art. 26 BV)	119
1.	Bedeutung der Eigentumsgarantie	119
2.	Schutzbereich und Funktionen	121
a.	Sachlicher und persönlicher Schutzbereich	121
b.	Eigentumsgarantie als Bestandesgarantie	122
c.	Eigentumsgarantie als Wertgarantie	123
d.	Eigentumsgarantie als Institutsgarantie	125
3.	Die spezifisch wirtschaftsrechtliche Bedeutung der Eigentumsgarantie	127
a.	Die Eigentumsgarantie als Grundpfeiler einer marktwirtschaftlichen Ordnung	127
b.	Zur Bedeutung der Eigentumsgarantie in der Rechtsprechung des Bundesgerichts	128
c.	Schutz faktischer Interessen	131
II.	Weitere Grundrechtsgarantien des nationalen Rechts (Hinweise)	132
1.	Niederlassungsfreiheit (Art. 24 BV)	132
2.	Vereinigungsfreiheit (Art. 23 BV)	133
3.	Koalitionsfreiheit (unter Einschluss der Arbeitskampffreiheiten)	134
a.	Die Tragweite der Koalitionsfreiheit im Überblick	134
b.	Zur Tragweite der Arbeitskampffreiheiten (Streik und Aussperrung)	135
4.	Ideelle Grundrechte und Grundrechte der Person	138
5.	Vertragsfreiheit?	138
6.	Rechtsgleichheit und weitere rechtsstaatliche Garantien	139
7.	Kantonale Grundrechtsgarantien im Wirtschaftsbereich	140
III.	Wirtschaftsrelevante Garantien des internationalen Rechts (Hinweise)	140
1.	Die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK)	140
2.	Die UNO-Pakte von 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie über bürgerliche und politische Rechte	142
3.	Staatsvertragliche Garantien betreffend die Liberalisierung des grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehrs	143

§ 7 Bundesstaatliche Aspekte der Wirtschaftsverfassung	145
I. Allgemeine Determinanten	145
II. Die Kompetenzordnung im Überblick	146
1. Kompetenzen des Bundes im Wirtschaftsbereich	146
2. Kantonale Kompetenzen im Wirtschaftsbereich	148
III. Konsequenzen aus der Grundrechtsordnung (Wirtschaftsfreiheit)	150
1. Weitreichende wirtschaftspolitische Befugnisse des Bundes	150
2. Beschränkte wirtschaftspolitische Befugnisse der Kantone	151
3. Beschränkungen des kantonalen Handlungsspielraums aufgrund des Prinzips der Einheit des Wirtschaftsraums	152
a. Freiheit des binnenschweizerischen Wirtschaftsverkehrs	152
b. Das Problem der Gewährleistung der Einheit des Wirtschaftsraums	154
4. Förderung der Homogenität des schweizerischen Wirtschaftsraums durch das Binnenmarktgesetz	156
a. Entstehung und Zweck des Gesetzes	156
b. Regelungsansatz	157
c. Grundsatz des freien Marktzugangs und zulässige Einschränkungen	158
d. Rechtsschutz	161
e. Zu Bedeutung und Tragweite des Binnenmarktgesetzes	162
 3. Kapitel	
Wirtschaftsverfassung und internationales Wirtschaftsrecht	165
 § 8 Wirtschaft als Gegenstand des internationalen Rechts	166
I. Internationale Verflechtung des schweizerischen Wirtschaftsrechts	166
II. Fehlen einer «globalen Wirtschaftsverfassung»	168
III. Strukturen des internationalen Wirtschaftsrechts	168
1. Traditionelles Wirtschaftsvölkerrecht: Zwischenstaatliche Wirtschaftsbeziehungen und Internationale Organisationen	168
a. Überblick	168
b. Die Institutionen von Bretton Woods: Internationaler Währungsfonds und Weltbankgruppe	169
c. Zur Rolle der Vereinten Nationen sowie ihrer Spezialorganisationen und Nebenorgane	171
d. Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	172
2. Private Wirtschaftssubjekte im internationalen Wirtschaftsrecht	173

IV.	Zentrale Regelungsgegenstände	174
1.	Überblick	174
2.	Liberalisierung des Warenhandels	174
3.	Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs	175
V.	Zur Präsenz der Schweiz auf internationaler Ebene	176
1.	Engagement in weltweit tätigen Organisationen	176
2.	Engagement auf europäischer Ebene	177
a.	EFTA	177
b.	Europäische Union	177
c.	Europarat	180
d.	Weitere Abkommen, insbesondere mit Liechtenstein	180
§ 9	Das Regelwerk der Welthandelsorganisation (WTO)	181
I.	GATT 1994	181
1.	Entstehung und Überblick	181
2.	Grundprinzipien des GATT	182
3.	Ausnahmen und Einschränkungen	184
a.	Zollunionen und Freihandelszonen	184
b.	Ausnahmen zugunsten von Entwicklungsländern	185
c.	Gerechtfertigte Handelsbeschränkungen	185
II.	Institutionelles	187
1.	Organe und Beschlussfassung	187
2.	Verfahren der Streitbeilegung	188
III.	GATT 1994 und ergänzende Übereinkommen	189
1.	Überblick	189
2.	GATT 1994	190
3.	Weitere Übereinkommen	190
a.	Landwirtschaft	191
b.	Textilien	191
c.	Technische Handelshemmnisse	191
d.	Handelsbezogene Investitionsmassnahmen	191
e.	Massnahmen gegen das sog. Dumping	192
f.	Subventionen und Ausgleichsmassnahmen	192
g.	Ursprungsregeln	193
IV.	Weitere Abkommen im Rahmen der WTO	193
1.	Dienstleistungsverkehr (GATS)	193
2.	Geistiges Eigentum (TRIPS)	195
V.	Konsequenzen für die Schweiz	195

§ 10 Europäische Wirtschaftsintegration	198
I. Die Wirtschaftsverfassung der Europäischen Union im Überblick	198
1. Europäische Wirtschaftsverfassung als Prozess	198
2. Wirtschaftsverfassungsrechtliche Grundbausteine gemäss EWG-Vertrag (1958)	199
a. Freiheit des Warenverkehrs	199
b. Freizügigkeit der Arbeitnehmer	200
c. Niederlassungsfreiheit	200
d. Freiheit des Dienstleistungsverkehrs	201
e. Freiheit des Kapitalverkehrs	201
f. Weiterentwicklung der Grundfreiheiten in der Rechtsprechung des EuGH	201
g. Weitere Grundprinzipien	202
h. Anerkennung ungeschriebener Grundrechte	202
3. Von der Einheitlichen Europäischen Akte (1987) über den Vertrag von Maastricht (1993) zum Vertrag von Lissabon (2009)	203
4. Merkmale der Europäischen Wirtschaftsverfassung	205
II. Europäischer Freihandel und Europäischer Wirtschaftsraum	207
1. Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)	207
2. Freihandelsabkommen der EWG mit den einzelnen EFTA-Mitgliedstaaten	208
3. Europäischer Wirtschaftsraum	208
4. Wachsender europäischer Freihandelsraum	209
4. Kapitel	
Wirtschaftsverfassung und andere Bereichsverfassungen	213
§ 11 Sozialverfassung	214
I. Grundlagen der Sozialverfassung	214
1. Sozialverfassung und andere Bereichsverfassungen	214
2. Sozialstaatlichkeit und Sozialpolitik	215
3. Normstrukturen	216
a. Zielbestimmungen	216
b. Grundrechte	217
c. Bundeskompetenzen und Verfassungsaufträge	217
d. Gesetzgebung	218
e. Kantonale Verfassungen	218
f. Völkerrecht	218
4. Sozialstaatsprinzip und andere verfassungsgestaltende Prinzipien	218
5. Das System der sozialen Sicherheit	219

II.	Entstehung und Entwicklung der schweizerischen Sozialverfassung	220
III.	Sozialziele	221
IV.	Sozialpolitik des Bundes im Überblick	222
1.	Sozialversicherungen und Sozialvorsorge	222
2.	Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge	223
3.	Sozialhilfe	224
V.	Die Sozialverfassung und ihr internationales Umfeld	225
§ 12 Arbeitsverfassung		228
I.	Grundlagen der Arbeitsverfassung	228
1.	Zum Begriff der Arbeitsverfassung	228
2.	Konnexe der Arbeitsverfassung mit der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzverfassung	229
3.	Normstrukturen	230
a.	Zielbestimmungen	230
b.	Bundeskompetenzen und Verfassungsaufträge	231
d.	Gesamtarbeitsverträge und Allgemeinverbindlicherklärung	231
e.	Grundrechte	232
II.	Die Entwicklung der schweizerischen Arbeitsverfassung	232
III.	Elemente der schweizerischen Arbeitsverfassung	233
1.	Koalitionsfreiheit	233
2.	Gesamtarbeitsverträge und ihre Allgemeinverbindlicherklärung	234
3.	Streik und Aussperrung als grundsätzlich zulässige Arbeitsk Kampf-massnahmen	235
a.	Allgemeines	235
b.	Zulässigkeit von Streik und Aussperrung	236
c.	Grundrechtsnatur des Streikrechts	236
4.	Weitere Elemente der Arbeitsverfassung	237
a.	Arbeitnehmerschutz	237
b.	Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	237
c.	Gleichstellungsrecht	238
d.	Verfassungsrechtliche Grundlage des Arbeitsvertragsrechts	239
IV.	Die schweizerische Arbeitsverfassung und ihr internationales Umfeld	239

§ 13 Finanzverfassung	242
I. Allgemeines	243
1. Zu Begriff und Entwicklung der Finanzverfassung	243
2. Zum Stand der Finanzordnung	243
3. Konnexe der Finanzverfassung mit anderen Bereichsverfassungen	244
II. Finanzhaushalt des Bundes	246
1. Allgemeines	246
2. Kompetenzen und Verfahren	246
a. Bundesversammlung	246
b. Bundesrat und Finanzkontrolle	248
3. Haushaltsgleichgewicht	248
4. Kein Finanzreferendum	250
III. Steuern	250
1. Verfassungsrechtliche Grundsätze der Besteuerung	250
2. Steuern des Bundes und der Kantone	253
a. Bundessteuern	253
b. Kantonale Steuern	254
IV. Finanzausgleich	254
1. Allgemeines	254
2. Ausgestaltung	255
V. Die Finanzverfassung und ihr internationales Umfeld	256
1. Allgemeines	256
2. WTO, IWF und Weltbank	256
3. Zoll	257
4. Exportrisikoversicherung	258
5. Doppelbesteuerungsabkommen	258
§ 14 Umweltverfassung	260
I. Zum Begriff der Umweltverfassung	260
II. Umweltverfassung und andere Bereichsverfassungen	261
III. Die Entwicklung der Umweltverfassung	262
IV. Elemente der heutigen Umweltverfassung	263
V. Gesetzliche Konkretisierungen	264
1. Ausgewählte Bundesgesetze	264
a. Umweltschutzgesetz	264
b. Raumplanungsgesetz	265
c. Gewässerschutzgesetz	265

d. Waldgesetz	265
e. Natur- und Heimatschutzgesetz	265
2. Grundsätze der Umweltgesetzgebung	266
a. Nachhaltigkeitsprinzip	266
b. Vorsorgeprinzip	266
c. Verursacherprinzip	267
d. Lastengleichheitsprinzip	267
e. Koordinationsprinzip	267
f. Kooperationsprinzip	268
VI. Völkerrechtliche Vorgaben und Einbettung des Umweltschutzes	268
5. Kapitel	
Rechtsverwirklichung im öffentlichen Wirtschaftsrecht	269
§ 15 Der wirtschaftspolitische Entscheidungsprozess	270
I. Akteure	270
1. Allgemeines	270
2. Staatliche Organe als Träger der Wirtschaftspolitik	271
a. Allgemeines	271
b. Stimmberechtigte und Parlament	271
c. Bundesrat und Bundesverwaltung	272
d. Kantone	273
3. Zur Bedeutung der Verbände im wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozess	273
II. Prozesse	277
1. Grundlegende wirtschaftspolitische Entscheidungen	277
a. Initiierung	278
b. Erarbeitung von Problemlösungen	278
c. Vernehmlassungsverfahren	279
d. Entscheid im Parlament und in der Volksabstimmung	281
e. Demokratie und wirtschaftspolitischer Entscheidungsprozess	282
2. Politikumsetzung	282
a. Allgemeines	282
b. Einbezug von Wirtschaftsverbänden	283
III. Rechtsstaatliche Grundsätze	285
1. Überblick	285
2. Hinweise auf einige Besonderheiten im Bereich des öffentlichen Wirtschaftsrechts	285
a. Grundsatz der Gesetzmässigkeit	285
b. Rechtsgleichheit	286
c. Erfordernis des öffentlichen Interesses	286

d. Rechtssicherheit und Vertrauensschutz	286
e. Verhältnismässigkeitsprinzip	287
f. Verfahrensgarantien	287
§ 16 Instrumente und Rechtsformen des öffentlichen Wirtschaftsrechts	288
I. Aufgabenvielfalt und Instrumentenvielfalt	288
1. Allgemeines	288
2. Systematisierung des wirtschaftsrechtlichen Instrumentariums	289
II. Typologie der Instrumente nach Art der Einwirkung	291
1. Verbote	291
2. Verhaltensgebote	291
3. Verbote mit Genehmigungsvorbehalt (Bewilligungspflicht)	292
a. Allgemeines	292
b. Polizeilich motivierte Bewilligungspflichten (Gefahrenabwehr)	292
c. Wirtschaftspolitisch motivierte Bewilligungssysteme (Wirtschaftslenkung)	293
4. Monopolisierung und Konzessionierung	294
a. Staatliche Monopolisierung	294
b. Rechtliche und faktische Monopole	295
c. Nutzung von Monopolen, insbesondere Konzessionierung von privaten Unternehmen	296
5. Subventionen	297
a. Allgemeines	297
b. Arten von Finanzhilfen	298
c. Rechtsformen der Subventionierung	301
6. Lenkungsabgaben	301
7. Staatlich flankierte Selbstregulierung	303
8. Weitere Instrumente	305
III. Typologie der Instrumente nach Aufgaben	307
§ 17 Rechtsschutz im öffentlichen Wirtschaftsrecht	309
I. Hinweise zum Rechtsschutzsystem	309
1. Bedeutung eines effektiven Rechtsschutzsystems	309
2. Das Rechtsmittelsystem im Bund	310
3. Rechtsschutz aus der Sicht des öffentlichen Wirtschaftsrechts	310
a. Wirtschaftsverwaltungsrecht des Bundes	310
b. Kantonales Wirtschaftsverwaltungsrecht	312
II. Einige Besonderheiten im Bereich des Rechtsschutzverfahrens	312
1. Kognition und Prüfungsdichte	312

a.	Funktionell-rechtlich begründete richterliche Zurückhaltung	312
b.	Richterliche Zurückhaltung bei der Überprüfung von Verordnungen des Bundesrates	313
2.	Sachverhaltsfragen	314
3.	Beschwerdeobjekt	314
4.	Beschwerdebefugnis des Konkurrenten	316
a.	Allgemeiner Rahmen	316
b.	Das Erfordernis einer «spezifischen Beziehungsnähe»	316
c.	Konkurrentenbeschwerde und «rechtlich geschütztes Interesse»	318
d.	Abwägungsbedürftigkeit	318
5.	Verbandsbeschwerde	319

6. Kapitel

Wirtschaftliches Handeln des Staates 321

§ 18 Unternehmerische Tätigkeit der öffentlichen Hand 322

I.	Allgemeines	323
1.	Bedeutung der unternehmerischen Betätigung	323
2.	Begriff der unternehmerischen Tätigkeit	325
3.	Rechts- und Organisationsformen	327
a.	Unternehmerische Tätigkeit einer Verwaltungseinheit der Zentralverwaltung	327
b.	Öffentlichrechtliche Anstalt ohne Rechtspersönlichkeit	328
c.	Öffentlichrechtliche Anstalt mit Rechtspersönlichkeit	328
d.	Öffentlichrechtliche Körperschaft	328
e.	Privatrechtliche Gesellschaft, die von einem (allenfalls mehreren) Gemeinwesen beherrscht wird	329
f.	Gemischtwirtschaftliche Gesellschaft mit privater Beteiligung und mit besonderer Stellung des Gemeinwesens	329
g.	Privatrechtliche Gesellschaft mit blosser Minderheitsbeteili- gung des Gemeinwesens und ohne spezielle Vorrangstellung	330
4.	Der Begriff des öffentlichen Unternehmens	330
5.	Monopol- und Wettbewerbssituation unternehmerischer Tätigkeit	331
a.	Monopolsituation	331
b.	Wettbewerbssituation	331
c.	Mischformen	332
6.	Öffentliche Unternehmen als Instrumente der Wirtschaftspolitik	333
II.	Grundvoraussetzungen unternehmerischer Tätigkeit der öffentlichen Hand	334
1.	Anforderungen aufgrund der Wirtschaftsfreiheit	335

a.	Vereinbarkeit mit dem objektiven Gehalt der Wirtschaftsfreiheit	335
b.	Grundrechtlicher Anspruch auf Schutz vor Konkurrenzierung durch den Staat?	338
2.	Insbesondere: Erfordernis des öffentlichen Interesses	340
a.	Öffentliches und (rein) fiskalisches Interesse	340
b.	Öffentliches Interesse und Leistungsauftrag	342
3.	Positivrechtliche Regelungen	343
a.	Verfassungsrecht	343
b.	Gesetzesrecht	344
III.	Modalitäten unternehmerischer Betätigung der öffentlichen Hand	345
1.	Allgemeine Grundrechtsbindung	345
a.	Staatliche Aufgabe	346
b.	Zurechnung zum Staat	346
c.	Spezifische Tätigkeit (Monopol oder Wettbewerb)	347
2.	Folgen der Grundrechtsbindung	347
3.	Bindung an den Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit bzw. der Wettbewerbsneutralität	348
4.	Grundsätze der Legalität und der Spezialität	350
5.	Wettbewerbsrecht	351
6.	Grundrechtsberechtigung	352
§ 19	Staatliches Beschaffungswesen	353
I.	Allgemeines	354
1.	Die öffentliche Beschaffung im Rahmen der Staatstätigkeit	354
a.	Beschaffungswesen und Beschaffungsrecht	354
b.	Bedeutung und Zielsetzungen	357
c.	Ablauf einer Beschaffung	359
2.	Beschaffungswesen und Grundrechte	360
3.	Ausgewählte Problempunkte	361
a.	Vergabeverfahren	362
b.	Zuschlagskriterien	363
c.	Verhandlungsrunden	363
d.	Rechtsschutz	364
II.	Rechtliche Grundlagen im Überblick	365
1.	Verfassungsrechtliche Kompetenzverteilung	365
2.	Früherer Rechtszustand und geltendes Recht	365
III.	Internationales Recht	367
1.	GATT/WTO	367
a.	Geschichtliche Hinweise	367

b. Grundsätze und Anwendungsbereich des Government Procurement Agreement	368
c. Vergabeverfahren	369
d. Zuschlagskriterien	369
e. Rechtsschutz	369
2. Beschaffungsabkommen mit der EU	370
IV. Bundesrecht	371
1. Das Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen	371
a. Allgemeines	371
b. Grundsätze	371
c. Anwendungsbereich	372
d. Vergabeverfahren	372
e. Zuschlagskriterien	372
f. Verhandlungsrunden	373
g. Rechtsschutz	373
h. Weitere Regelungen	374
2. Das Binnenmarktgesetz	375
a. Grundsätze	375
b. Anwendungsbereich	375
c. Rechtsschutz	375
V. Die Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen	376
1. Grundsätze	376
2. Anwendungsbereich	376
3. Vergabeverfahren	377
4. Zuschlagskriterien	377
5. Rechtsschutz	377
VI. Revisionsbestrebungen	378
Besonderer Teil	381
7. Kapitel	
Wettbewerbs- und Preispolitik	383
§ 20 Grundlagen der Wettbewerbs- und Preispolitik	384
I. Bedeutung und Funktion des Wettbewerbes	385
II. Verfassungsgrundlagen der schweizerischen Wettbewerbsordnung	386
1. Überblick	386
2. Historische Entwicklung	387

III.	Kartellartikel (Art. 96 BV)	388
1.	Stellenwert	388
2.	Wettbewerb und Wirtschaftsfreiheit	389
3.	Verfassungsrechtliche Begrenzungen	390
IV.	Weitere Verfassungsgrundlagen	392
1.	Preisüberwachungsartikel (Art. 96 Abs. 2 Bst. a BV)	392
2.	Zivilrechtskompetenz (Art. 122 BV)	392
V.	Verfassungsaspekte des Abbaus von staatlichen Wettbewerbsbehinderungen	392
VI.	Internationale Aspekte der Wettbewerbsverfassung	394
1.	Beispiele wettbewerbsrelevanter Bestimmungen in Staatsverträgen	394
a.	EFTA-Übereinkommen	394
b.	Freihandelsabkommen Schweiz – EG	395
c.	Sektorielle Abkommen	396
d.	Weitere bilaterale Freihandelsabkommen	396
2.	Ausstrahlung des europäischen Wettbewerbsrechts auf die Schweiz	397
a.	Wettbewerbsrecht der Europäischen Union (Art. 101 ff. AEUV)	397
§ 21	Instrumente der Wettbewerbspolitik	399
I.	Grundzüge der Wettbewerbsgesetzgebung	400
1.	Überblick	400
2.	Verfassungsrechtlicher Hintergrund und Konzeption	400
3.	Aufbau des Kartellgesetzes	401
4.	Zweck und Geltungsbereich	402
a.	Zweck	402
b.	Geltungsbereich	402
c.	Legaldefinitionen	404
5.	Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen (Art. 5–8 KG)	405
a.	Grundkonzeption	405
b.	Methodische Aspekte (gesetzliche Vermutungstatbestände)	408
c.	Zulässigkeit von wettbewerbsbeschränkenden Praktiken mangels Erheblichkeit der Wettbewerbsbeeinträchtigung (Art. 5 Abs. 1 und Art. 7 KG)	408
d.	Grundsätzliche Unzulässigkeit bestimmter Praktiken (umstossbare Schädlichkeitsvermutung; Art. 5 Abs. 1 und Art. 7 KG)	409
e.	Zulässigkeit infolge Rechtfertigung aus Gründen der wirtschaftlichen Effizienz (Art. 5 Abs. 2 und Art. 6 KG)	409
f.	Keine Rechtfertigung aus Gründen der wirtschaftlichen Effizienz im Falle von wettbewerbsbeseitigenden Abreden (Art. 5 Abs. 1 KG)	410

g. Gesetzliche Vermutungen der Wettbewerbsbeseitigung (Art. 5 Abs. 3 und 4 KG)	411
h. Zulassung infolge Rechtfertigung durch überwiegende öffentliche Interessen (Art. 8 KG)	412
i. Fazit: Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen (Bejahung der volkswirtschaftlichen oder sozialen Schädlichkeit)	412
j. Verwaltungssanktionen (Art. 49a ff. KG)	413
6. Beurteilung der Bestimmungen über unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen (Art. 5–8 KG) aus verfassungsrechtlicher Sicht	413
a. Gewährleistung des Einbezugs von Allgemeininteressen	413
b. Zum Problem der Normunbestimmtheit	414
7. Präventive Fusionskontrolle (Art. 9–11 KG)	415
8. Institutionelles und Verfahrensfragen	416
9. Zivilrechtliche Aspekte	418
10. Evaluation und Reformen	418
 II. Grundzüge der Gesetzgebung gegen den unlauteren Wettbewerb	419
1. Grundzüge der Regelung	419
2. Durchsetzung	421
3. Unlauterer Wettbewerb und Meinungsäußerungsfreiheit	422
 § 22 Instrumente der Preispolitik	423
 I. Grundzüge des Preisüberwachungsgesetzes	423
1. Allgemeines	423
2. Stellung und Aufgaben des Preisüberwachers	424
3. Preismissbrauch und wirksamer Wettbewerb	425
4. Verfahren und Rechtsschutz	427
 II. Weitere Bereiche staatlicher Preisbeeinflussung	427
1. Allgemeines	427
2. Ausgewählte Bereiche	428
a. Landwirtschaft	428
b. Wohnungsmarkt	428
c. Anwaltsdienstleistungen	428
d. Gesundheitsmarkt	429
e. Alkohol	429
f. Geld- und Kreditmarkt	430
g. Elektrizität	430
h. Versicherungen	430

§ 23 Grundlagen der Konsumentenschutzpolitik	431
I. Konsumentenschutz im Rahmen der schweizerischen Wirtschaftsverfassung	431
II. Verfassungsgrundlagen zum Konsumentenschutz	433
1. Der Konsumentenschutzartikel (Art. 97 BV)	433
a. Allgemeines und Entwicklung	433
b. Der Verfassungsauftrag des Art. 97 Abs. 1 BV im Besonderen	434
c. Massnahmen im Bereich der Rechtsdurchsetzung	434
2. Weitere Verfassungsbestimmungen zum Konsumentenschutz	436
III. Bundesgesetzgebung auf dem Gebiet des Konsumentenschutzes (Hinweise)	436
1. Grundlagen	436
2. Konsumenteninformation	437
3. Konsumentenschutz-Aspekte der Wettbewerbsgesetzgebung	438
4. Produkthaftungspflicht	438
5. Pauschalreisen	439
6. Konsumkredit	439
7. Gewerbe der Reisenden	440
8. Konsumentenschutz im Obligationenrecht	440
9. Nicht verwirklichte Vorhaben	440
IV. Kantonale Gesetzgebung auf dem Gebiet des Konsumentenschutzes	441
 8. Kapitel	
Währungsordnung und Konjunkturpolitik	443
 § 24 Geld- und Währungsordnung	444
I. Begriff und Wesen des Geldes	444
1. Begriff und Funktionen	444
2. Bargeld und Buchgeld	445
II. Münzregal und Banknotenmonopol	447
1. Entstehungsgeschichte	447
2. Rechtsgrundlagen im Überblick	447
3. Von der Goldbindung zum Gold als Reserveposition	448
III. Aufgaben und Stellung der Schweizerischen Nationalbank	451
1. Geldpolitik und weitere Aufgaben	451
2. Grundlagen der Schweizerischen Nationalbank	452
3. Stellung der Nationalbank im politischen System	453

§ 25 Grundlagen der Konjunkturpolitik	454
I. Begriff und Ziele der Konjunkturpolitik	454
1. Allgemeines	454
2. Vollbeschäftigung	456
3. Preisstabilität	456
4. Aussenwirtschaftliches Gleichgewicht	457
5. Weitere Ziele	458
6. Zielkonflikte	458
II. Der Konjunkturartikel als Grundlage der Konjunkturpolitik	459
1. Werdegang von Art. 100 BV	459
a. Der Konjunkturartikel von 1947	459
b. Die Revisionsbestrebungen der 1970er Jahre	459
c. Bundesverfassung von 1999	460
2. Art. 100 BV im Überblick	460
a. Der Konjunkturartikel als Kompetenz- und Zielnorm	460
b. Zum Geltungsbereich des Konjunkturartikels	460
3. Weitere konjunkturpolitisch relevante Verfassungsbestimmungen und ihr Verhältnis zu Art. 100 BV	461
a. Notenbankartikel	461
b. Aussenwirtschaft und Zölle	461
c. Finanzverfassung	462
4. Verhältnis zur Wirtschaftsfreiheit	462
§ 26 Instrumente der Konjunkturpolitik	463
I. Geld- und Währungspolitik	464
1. Zielgrössen der Geld- und Währungspolitik	464
2. Instrumente der Geld- und Währungspolitik	465
a. Rechtsgeschäftliche und hoheitliche Instrumente	465
b. Rechtsgeschäftliche Instrumente	466
c. Hoheitliche Instrumente	467
d. Weitere Instrumente	468
II. Finanzpolitik	469
1. Allgemeines	469
2. Krisenbekämpfung und Arbeitsbeschaffung	470
3. Arbeitsbeschaffungsreserven	473
a. Anreiz zur Bildung	473
b. Arbeitsbeschaffungsreserven gemäss Bundesgesetz vom 20.12.1985	473
III. Weitere Instrumente	474
1. Aussenwirtschaftspolitik	474

2.	Konjunkturbeobachtung	475
3.	Konjunkturpolitische Bedeutung der Regionalpolitik (Verweis)	475
IV.	Koordinationsbedarf in der Konjunkturpolitik	475
9. Kapitel		
Strukturpolitik		477
§ 27 Wirtschaftsförderung durch Bund und Kantone		478
I.	Verfassungsrechtlicher Rahmen der Wirtschaftsförderung	478
II.	Bundesstaatliche Aspekte	479
1.	Förderungsbefugnisse des Bundes (Art. 103 BV)	479
2.	Förderungsbefugnisse der Kantone	481
III.	Wirtschaftsförderung im Wandel	482
§ 28 Infrastrukturpolitik		484
I.	Allgemeines	485
1.	Bedeutung der Infrastrukturpolitik	485
2.	Staatliches und privates Engagement	485
3.	Bundesstaatliche Aspekte	486
4.	Rolle des Rechts im Infrastrukturbereich	487
II.	Verkehr	488
1.	Überblick	488
2.	Strassenwesen	489
3.	Eisenbahnen und weitere Verkehrsträger	490
a.	Kompetenzverteilung	490
b.	Schienengebundener Verkehr	490
c.	Schiffahrt	492
d.	Luftfahrt und Raumfahrt	492
4.	Personenbeförderung	494
5.	Grundrecht auf freie Wahl des Verkehrsmittels?	495
III.	Energie	496
1.	Energie im Allgemeinen	496
2.	Elektrische Energie	498
3.	Atomenergie	499
IV.	Post- und Fernmeldewesen	500
1.	Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen	500
2.	Liberalisierungsschritte im Post- und Fernmeldebereich	501
a.	Auftrennung der früheren PTT-Betriebe und Teilprivatisierung	502

b.	Schrittweise Liberalisierung des Fernmeldemarktes	503
c.	Schrittweise Liberalisierung des Postverkehrsmarktes	503
V.	Bildung und Forschung	505
1.	Bildungsverfassung im Überblick	505
2.	Grund- und Mittelschule	505
3.	Berufsbildung	505
4.	Hochschulwesen	506
a.	Verfassungsrechtlicher Rahmen	506
b.	Hochschulgesetzgebung des Bundes	507
5.	Forschung und Innovation	508
a.	Rechtlicher Rahmen	508
b.	Forschungspolitik und Forschungszusammenarbeit	509
§ 29	Regionale Strukturpolitik	511
I.	Ausgangslage: staatspolitisch unerwünschte regionale Disparitäten	511
II.	Verfassungsrechtlicher Rahmen	513
1.	Regionale Strukturpolitik (Art. 103 BV)	513
2.	Weitere Verfassungsgrundlagen der Regionalpolitik	514
3.	Regionalpolitik als Gegenstand des internationalen Rechts	516
III.	Instrumentarium der regionalen Strukturpolitik des Bundes	517
1.	Allgemeine Charakteristika der Gesetzgebung	517
2.	Neue Regionalpolitik (NRP)	518
a.	Konzept der Neuen Regionalpolitik	518
b.	Umsetzung	519
c.	Hinweise zur früheren Gesetzgebung	521
3.	Schweizerischer Tourismus	522
4.	Förderung der Beherbergungswirtschaft	523
5.	Förderung des Berggebiets	524
6.	Behebung von Unwetterschäden	525
§ 30	Sektorale Strukturpolitik	526
I.	Rechtliche Rahmenbedingungen	527
II.	Sektorale Strukturpolitik des Bundes	529
1.	Das gesetzliche Instrumentarium im Überblick	529
2.	Die frühere Industriepolitik im Bereich der Uhrenindustrie	530
3.	Förderung im Bereich des Tourismus	530
4.	Weitere Förderungsbereiche und -instrumente	532

III.	Insbesondere: Landwirtschaftspolitik	534
1.	Landwirtschaft und Landwirtschaftsrecht im Wandel	534
a.	Volkswirtschaftliche Bedeutung	534
b.	Gewandelte Rahmenbedingungen	535
c.	Meilensteine des agrarpolitischen Wandlungsprozesses	536
2.	Verfassungsgrundlagen der Landwirtschaftspolitik	538
a.	Der Landwirtschaftsartikel (Art. 104 BV)	538
b.	Weitere Verfassungsgrundlagen	540
3.	Ausführende Gesetzgebung (Überblick)	540
a.	Allgemeines	540
b.	Das Landwirtschaftsgesetz im Überblick	541
c.	Verordnungsrecht allgemeinen Charakters	542
d.	Flankierende Gesetzgebung	543
e.	Marktordnungen	544
4.	Ausgewählte Regelungsbereiche des Landwirtschaftsgesetzes	545
a.	Rahmenbedingungen für Produktion und Absatz	545
b.	Qualitäts- und Absatzförderung sowie Marktentlastung	546
c.	Preisbeobachtung	547
d.	Direktzahlungen als Mittel zur Entkoppelung der Preis- und der Einkommenspolitik	547
5.	Landwirtschaft und Aussenwirtschaft	551
a.	Paradigmawechsel aufgrund des WTO-Agrarabkommens	551
b.	Liberalisierung des Agrarhandels im europäischen Rahmen	552
c.	Instrumentarium der Einfuhrsteuerung	553
d.	Insbesondere Zollkontingente	554
e.	Exportförderung	556
6.	Staatliche Hilfe und Selbsthilfe	557
a.	Subsidiarität staatlicher Massnahmen	557
b.	Rechtliche Folgeprobleme	557
§ 31	Landesversorgung	559
I.	Verfassungsrechtliche Grundlagen	559
1.	Allgemeines	559
2.	Wirtschaftliche Landesverteidigung	560
3.	Sicherstellung der Landesversorgung bei schweren Mangellagen	560
II.	Instrumentarium auf Gesetzesstufe	561
1.	Massnahmen der wirtschaftlichen Landesverteidigung	561
a.	Massnahmen der ständigen Bereitschaft	561
b.	Massnahmen bei zunehmender Bedrohung	563
2.	Massnahmen bei schweren Mangellagen	564
3.	Massnahmen im Rahmen internationaler Verpflichtungen zur Versorgungssicherung	564

4.	Vollzugsfragen	565
5.	Rechtsschutz	565
6.	Ausblick	566
 10. Kapitel		
Aussenwirtschafts- und Entwicklungspolitik		567
 § 32 Grundlagen der Aussenwirtschaftspolitik		568
I.	Gegenstand und Bedeutung der Aussenwirtschaftspolitik	568
II.	Rechtliche Grundlagen der Aussenwirtschaftspolitik	572
1.	Ziele und Grundsätze	572
2.	Verfassungsrechtlicher und völkerrechtlicher Handlungsrahmen	574
a.	Überblick	574
b.	Aussenwirtschaftspolitik (Art. 101 BV)	575
c.	Zollartikel (Art. 133 BV)	576
d.	Der Abschnitt «Wirtschaft» der Bundesverfassung (Art. 94 ff. BV)	577
e.	Weitere Kompetenzbestimmungen	578
3.	Überblick über die ausführende Aussenwirtschaftsgesetzgebung	578
III.	Träger der Aussenwirtschaftspolitik	580
1.	Staatliche Instanzen	580
a.	Verhältnis von Bund und Kantonen	580
b.	Verhältnis von Bundesversammlung und Bundesrat	581
c.	Stimmberechtigte bzw. Volk und Stände	582
2.	Private Organisationen	583
3.	Internationale Organisationen	583
IV.	Formen	584
1.	Multilaterale Beziehungen	584
2.	Bilaterale Beziehungen	584
3.	Autonome Aussenwirtschaftspolitik	584
 § 33 Instrumente der Aussenwirtschaftspolitik		586
I.	Kategorien aussenwirtschaftlicher Massnahmen	586
II.	Zölle	587
III.	Einfuhrbeschränkungen	589
IV.	Ausfuhrbeschränkungen	591

V.	Exportförderung	593
1.	Handelsförderung	593
2.	Exportrisikoversicherung	594
VI.	Schutz von Investitionen im Ausland	596
1.	Völkerrechtlicher Investitionsschutz	596
2.	Frühere Investitionsrisikogarantie des Bundes	598
§ 34	Entwicklungspolitik	599
I.	Grundlagen	600
1.	Begriffliches	600
2.	Geschichte, Motivation, Interdependenzen	601
3.	Rechtliche Grundlagen	603
a.	Verfassung	603
b.	Gesetzgebung	603
c.	Internationales Recht	603
II.	Grundsätze und Formen der schweizerischen Entwicklungs-	
	zusammenarbeit	604
1.	Grundsätze und Ziele	604
2.	Instrumente	604
a.	Technische Zusammenarbeit	604
b.	Finanzielle Zusammenarbeit	605
c.	Wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen	606
d.	Förderung des Einsatzes privatwirtschaftlicher Mittel	607
e.	Humanitäre Hilfe	607
3.	Durchführung der Entwicklungszusammenarbeit	607
4.	Vorgehensformen	609
III.	Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas	611
IV.	Entwicklungstendenzen	613
1.	Prinzip der «nachhaltigen Entwicklung»	613
2.	Prinzip der «guten Regierungsführung» («good governance»)	613
11. Kapitel		
Aufsicht über ausgewählte Dienstleistungsbereiche		615
§ 35	Rahmen und Organisation der Finanzmarktaufsicht	616
I.	Aufsicht in Krisenzeiten	616
1.	Notwendigkeit staatlicher Aufsicht	617
2.	Grenzen staatlicher Aufsicht	618

II.	Grundzüge der schweizerischen Finanzmarktaufsicht	621
1.	Verfassungsrechtliche Grundlagen	621
2.	Integrierte Finanzmarktaufsicht	622
a.	Entstehungsgeschichte	622
b.	Zielsetzungen und Geltungsbereich	622
c.	Organisation	623
d.	Aufsicht und Verfahren	624
e.	Ausblick	625
§ 36	Bankenaufsicht	626
I.	Grundlagen	627
II.	Die Bankengesetzgebung im Überblick	628
III.	Das Bankkündengeheimnis	632
1.	Rechtsgrundlagen und Schutz des Bankkündengeheimnisses	632
2.	Grenzen des Bankkündengeheimnisses	633
a.	Grenzen des Bankkündengeheimnisses im nationalen Verhältnis	633
b.	Grenzen des Bankkündengeheimnisses im internationalen Verhältnis	634
aa.	Grundlagen	634
bb.	Entwicklung des Bankkündengeheimnisses	636
IV.	Bankenaufsicht	639
1.	Das System der Bankenaufsicht	639
2.	Träger der Bankenaufsicht	640
a.	Die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA)	640
b.	Die zugelassenen Prüfgesellschaften	641
V.	Die Stellung der Kantonalbanken	641
VI.	Sorgfaltspflichten bei der Entgegennahme fremder Gelder	642
1.	Die Sorgfaltspflichtvereinbarung (VSB)	642
2.	Das Bewilligungserfordernis der «Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit»	644
3.	Straftatbestände der Geldwäscherei und Geldwäschereigesetz	644
VII.	Der Einlegerschutz	645
1.	Allgemeines	645
2.	Einlegerschutz in Vereinbarungen und im Bankengesetz	645

§ 37 Kapitalmarkt- und Börsenaufsicht	647
I. Kapitalmarktrecht	647
1. Begriff und Ziele des Kapitalmarktrechts	647
2. Entwicklungstendenzen des Kapitalmarktrechts	648
a. Internationale Angleichung	648
b. Kollisions- und Verfahrensrecht	649
c. Entwicklung neuer Finanzinstrumente	649
II. Die wichtigsten Erlasse des schweizerischen Kapitalmarkt- und Börsenrechts	649
1. Kollektivanlagen	649
2. Das Börsengesetz	651
a. Grundlagen	651
b. Bewilligungspflicht	652
c. Selbstregulierung	652
d. Offenlegung von Beteiligungen und Entschädigungen	653
e. Öffentliche Kaufangebote	653
3. Kapitalmarktdelikte	654
§ 38 Versicherungsaufsicht	655
I. Grundlagen und Übersicht	655
II. Ziele der Versicherungsaufsicht	657
III. Ausübung der Versicherungstätigkeit	659
IV. Aufsichtsbehörde	660
§ 39 Freie Berufe	661
I. Begriff des freien Berufs	662
II. Verfassungsrechtliche Grundlagen zur Regelung der freien Berufe	663
1. Regelungsauftrag des Bundes	663
2. Spielraum für kantonale Regelungen	665
III. Selbstregulierung (Standesrecht)	667
IV. Internationales Recht	667
V. Gesetzliche Konkretisierungen (Hinweise)	668
1. Anwaltstätigkeit	668
2. Universitäre Medizinalberufe	669
3. Weitere Bereiche	669

12. Kapitel

Umgang mit risikobehafteten Gütern 671

§ 40 Das Wirtschaftsverwaltungsrecht im Dienst der Risikobewältigung 672

- I. Gefahren und Risiken als Herausforderung für das Wirtschaftsverwaltungsrecht** 673
 - 1. Von der klassischen Gefahrenabwehr zum staatlichen Umgang mit Risiken** 673
 - 2. Rechtsbegriffe der Gefahr und des Risikos** 674
 - 3. Eigenheiten des Gefahren- und Risikorechts** 675
 - a. Doppelfunktion** 675
 - b. Vorsorgeprinzip und erhöhte Flexibilitätsbedürfnisse** 675
 - c. Veränderte Modalitäten staatlichen Handelns** 676
 - d. Herstellung von Risikoakzeptanz durch Verfahren** 677
- II. Allgemeine Merkmale der schweizerischen Gesetzgebung über gesundheits- und umweltgefährdende Produkte und Stoffe** 678
 - 1. Wandel der Gesetzgebung** 678
 - 2. Vertikaler Regelungsansatz** 678
 - 3. Horizontale Regelungsansätze** 679
 - a. Umweltschutzgesetzgebung** 679
 - b. Ausgestaltung und Handhabung technischer Vorschriften sowie Produktesicherheit** 680
 - c. Haftpflichtrecht** 682
 - 4. Wirtschaftsrechtliche Instrumente im Umgang mit Gefahren und Risiken** 682

§ 41 Gefahrenvorsorge in ausgewählten Bereichen 685

- I. Lebensmittel** 685
- II. Heilmittel** 687
- III. Stoffe und Organismen** 689
- IV. Produktesicherheit** 691

Sachregister 693